

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-1810200-1999

per Mail bundespraesidialamt@bpra.bund.de

Persönlich

**Herrn Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 10.Juni 2018

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

Bundespräsident **Johannes Rau** hat mit einer Ansprache als Schirmherr unsere Congressmesse KOMMTECH 1988 (als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) eröffnet, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Bundespräsident **Horst Köhler** wurde von uns am 25.05.2010 angeschrieben mit "Wir klagen an". Unmittelbar danach, am 31.05.2010 hat er seinen Rücktritt erklärt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Bundespräsident **Christian Wulff** wurde von uns im Juli 2010 mit demselben Anliegen angeschrieben, ohne irgendeine Hilfe bis zu seinem Rücktritt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Bundespräsident **Joachim Gauck** wurde von uns in 2013 mit demselben Anliegen ("Wir klagen an") gleich dreimal angeschrieben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind unser Lebenswerk,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution. Seite 11

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von uns in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

> **Wir sind mit Recht stolz darauf,** Seite 4

als Gründer und Organisator dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), mit einem herausragendem Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland erbracht zu haben.

> **Wir sind mit Recht stolz darauf, dass** Seite 6

Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil unseres herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen unserer Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Heute: Wir beklagen eine** Seite 10

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht, Spitzenleistung eines Unrechtssystems mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

Juli 2012: Mein Bruder wurde Todesopfer dieser bundesweiten Sippenzerschlagung

Seite 16

> **Heute: Wir kämpfen für unseren** Seite 15

Anspruch auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14):

Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer 2 O 163/16):

Klage gegen den Freistaat Bayern wegen Eskalation zur Sippenzerschlagung, **Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der bayerischen Heimat, kapitalen Vermögensschäden,**

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18):

Seite 19

Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

> **Heute: Wir kämpfen für unseren** Seite 19

Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Verwaltungsgericht Düsseldorf wegen

Mitwisserschaft, Mittäterschaft, groben Missbrauch des Presserechtes und wegen diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (totale Kommunikationsverweigerung einschließlich Rundfunk- und Fernsehverbot seit 1998) durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Faktenlage ist, dass Sie von 1999 bis 2005 als **Chef des Bundeskanzleramtes** die Verantwortung für die Umsetzung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und die Behandlung der verheerenden Folgewirkungen hatten.
Es ist zweifellos ein Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft **politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden** rücksichtslos durchzusetzen.

Uns sind auch Ihre Worte bekannt:

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."

Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf).

Unsere Congressmessen waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000)

Augenblicklich läuft die "rundum erneuerte CeBIT 2018" in Hannover. Seit 2001 verliert die CeBIT jährlich Aussteller und Besucher, obwohl sie in 2009 einen Verlustausgleich von 250 Mio € erhalten hat. Die CeBIT 2018 hat wieder Aussteller im Vergleich zum Vorjahr verloren (200 Aussteller weniger), unter den Verlorenen die DEUTSCHE TELECOM.

Die CeBIT ist ein verlässlicher Indikator für Innovationswachstum, d.h. seit 2001 findet in der Digitalbranche kein Innovationswachstum mehr statt, sondern ein Innovationsschrumpungsprozess. Das Innovationswachstum der Digitalbranche ist längst nach USA und Fernost abgewandert.

Wir bitten Sie um Ihre öffentliche Stellungnahme aus der Sicht des Bundespräsidenten zu einer längst fälligen Beendigung einer Umverteilungspolitik, deren negativen Folgen bis heute nachwirken.

Geben Sie uns bitte eine Chance zur Aufarbeitung von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, eine Chance für eine angemessene Rehabilitierung.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Notabene

Wir bieten unsere Internet-Doku zu diesem Schreiben an mit einfacher Verifizierung weiterer Angaben im Internet.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Bitte lesen Sie weiter:



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

Angehöriger der Kriegsgeneration 1941, geboren in Themenreuth, Landkreis Tirschenreuth (Oberpfalz),

1961 Abitur am Humanistischen Gymnasium Ingolstadt,

Studium Fachrichtung Telekommunikation

an der Technischen Universität Braunschweig,

1966 mehrmonatiges Auslandspraktikum in London,

1967 Abschluss als Dipl.-Ingenieur.

Seit 1971: Aufbau und Entwicklung der herstellerneutralen ONLINE-Seminare für Telekommunikation und IT, Durchführung in Mitteleuropa (D, A, CH)

Seit 1976: Weiterentwicklung der ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und zum digitalen IT-Gipfel in Europa mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice

1977: Gründung der Durchführungsgesellschaft:

ONLINE GmbH Kongresse und Messen für Technische Kommunikation

2000: Höhepunkt der Entwicklung im Umfeld der New Economy, einer

Gründerzeit mit einer Vielzahl innovationsorientierter Startups,

digitale Spitzenstellung von Deutschland im internationalem Vergleich

Einbruch des digitalen Innovationswachstums unter dem Einfluss der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (digitale Innovationswende)

2002: Einbruch der ONLINE, Einbruch der CeBIT, Einbruch der Telekom mit den größten Verlusten eines deutschen Konzerns in Höhe von 24,6 Mrd EUR (gefolgt von EON in 2016 mit einem Verlust von 16 Mrd EUR)

2003: Einstellung der Europäischen Congressmessen ONLINE mit hohen Verlusten ohne den Hauch einer Zukunftschance trotz intensiver Bemühungen infolge der heimtückisch geplanten, gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierungen seit 1998

Bis 2010: Intensive Bemühungen mit qualifizierten Projektvorschlägen für digitale Evolution und Wirtschaftsanalysen in zahlreichen Schriftsätzen an Mitglieder der Bundesregierung (**ohne** Antwort), der EU-Kommission, der Landesregierungen

Seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, Petition an den Deutschen Bundestag, seitdem Schikanierung durch **weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwangshaft.**

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.**

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör.

Gegen eine Mauer des Schweigens!

Bundesweite, politisch motivierte Sippenzerschlagung unter koordinierender Leitung von weisungsgebundenen, bundesweit tätigen Staatsanwälten: Alle Rechtsbemühungen zur Unterstützung des verstorbenen Bruders und in eigener Sache mit unerträglicher staatlicher Diskriminierung und Diffamierung, unter ständiger Versagung von rechtlichem Gehör (Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 Grundgesetz), trotz erdrückender Beweislage zerschlagen.

Das ist ein Frontalangriff

auf das Grundgesetz, das vor staatlichen Übergriffen schützen soll.

auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte.

Erstellung einer Vielzahl von Verfassungsbeschwerden (alle: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung > **kein Zugang mehr zu Grundrechten seit 2010**) und Erstellung einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (vom Bundesverfassungsgericht mit Anspruch auf juristische Hoheit in D nicht zugelassen)

Erstellung von lückenlosem Beweismaterial

Starker Staat? Starker Rechtsstaat?

Je schwächer der Rechtsstaat, **umso stärker der Unrechtsstaat**

Art.1 Abs.1 GG nur noch Makulatur: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

> Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sind Teil unseres herausragenden Lebenswerkes und Zeugen unserer Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Der Gründer und Organisator der Europäischen Congressmessen erwartet mit Recht öffentliche Unterstützung gegen politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung.

Dies gilt umso mehr, weil einige hochqualifizierte Persönlichkeiten, Sprecher, Congressleiter, Schirmherren und Beiratsvorsitzende nicht mehr unter uns weilen.

Ganz besonders von Persönlichkeiten, die auch großen Nutzen aus den Europäischen Congressmessen gezogen haben

Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit historischen Dokumenten deutscher Innovationsfähigkeit zeigen die Leistungen und haben ein Recht, wahrgenommen und geschützt zu werden

Die Leistungen hochqualifizierter Sprecher aus Politik und Wirtschaft, aus Forschung und Technik, aus Deutschland und Europa, aus einer Zeitepoche bis zum Jahr 2003, in der deutsche Telekommunikation Weltspitze gewesen ist

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Scroll down after link (page 11)

Wir ehren vorrangig die **Verstorbenen** und erinnern an ihre Leistungen:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988 (verstorben 2006 in Berlin)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

auf der ONLINE 1980 (verstorben 2006 in Ettlingen, siehe Kapitel 5)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

Scroll down after link

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987 (verstorben 2004 in Baden-Baden)

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92 (verstorben 2016 in Stuttgart)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995 (verstorben 1999 in Bad Tölz)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der
Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

**„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg
und Hafen“**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem
Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE
1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders
dringend“ . . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für
technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der
Bundesrepublik Deutschland (verstorben 2017 in Würzburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989
bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE1997 (verstorben 2009 in Beersel /
Belgien)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf,
Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001 (verstorben 2008 in Düsseldorf)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

>>> [Hochkarätige Sprecher](#)

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der
Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft
von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und
Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für
Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der
KOMMTECH '86 und ONLINE'89

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für
Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen,
Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesensysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, aber **nicht** ohne Dokumentation, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, **für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit**, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.

Die Leistungen hochqualifizierter Sprecher aus Politik und Wirtschaft, aus Forschung und Technik, aus Deutschland und Europa, aus einer Zeitepoche bis zum Jahr 2003, in der deutsche Telekommunikation **Weltspitze** gewesen ist

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Scroll down after link (page 11)

ONLINE Review

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

Aus unserem Schreiben vom 31.12.2012 an

Intendantin Monika Piel (Westdeutscher Rundfunk)

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003 (Auflage mehrere 100.000 Exemplare)

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003, über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation, über 1100 Exemplare plus Kataloge und Programmbroschüren sind in unserer Bibliothek sorgfältig archiviert.

Es gibt wahrscheinlich keine 2. Buchreihe in Deutschland und **weltweit**, mit der die kontinuierliche Entwicklung von IT und Telekommunikation in jährlichem Turnus über ein Viertel Jahrhundert lang, in dieser hochwertigen und umfassenden Form dokumentiert wurde, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

Auf der ONLINE 1980 in Düsseldorf

hielt Prof. Steinbuch ein viel beachtetes Eröffnungsreferat zum Thema "Zukünftige Veränderungen durch die Telekommunikation", in dem er konstatierte:

"Die gegenwärtigen Veränderungen der Kommunikationstechnik werden wahrscheinlich das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten so tiefgreifend verändern wie einst die Erfindung der Schrift oder des Buchdrucks".

Diese tiefgreifenden Veränderungen wurden in den folgenden Jahren zum Inhalt der Europäischen Congressmessen ONLINE.

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&l=4&p=811&f=1#6>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down after link

Heute: Beklagt wird ständige Versagung von rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.103 Abs.1 GG

Beklagt wird der Missbrauch deutscher Justiz für eine

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > Scroll down after link (page 125)

What's happened?

> Heute: Wir beklagen eine

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht, Spitzenleistung eines Unrechtssystems mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1/6): sieh Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2 unter Ausnutzung von Zerschlagung 1) und Fortsetzung der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW: sieh Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (Zerschlagung 3): sieh Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Das herausragende Lebenswerk des Unterzeichners (Opfers politisch motivierter Zerschlagungen) sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: mit den

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik, erzwungen mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte **gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.**

Gerhard Schröder referierte auf Einladung des Veranstalters der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91:**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche Digital-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der Digital-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der

innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen Digital-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der Digital-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war:

Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt. Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist internationaler Putin-Berater mit üppiger Altkanzler-Pension.**

Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik >

deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:

Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,

deutsches Regierungsnetz ist Trainingsplatz internationaler Hacker,

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Besonders aktuell: **Datenschutz und Datensicherheit**

Dies war schon in den 1970er Jahre Themenschwerpunkt seiner ONLINE Seminarreihe und den daraus weiterentwickelten Europäischen Congressmessen ONLINE

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_77.pdf

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen,

Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern,

Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

ONLINE 1977 Technische Akademie Wuppertal

Besonders aktuell: **Künstliche Intelligenz**

Auf der ONLINE '80, dem 3. Fachkongreß für Daten- und Textkommunikation in **Düsseldorf**, hielt **Prof. Steinbuch ein viel beachtetes Eröffnungsreferat zum Thema "Zukünftige Veränderungen durch die Telekommunikation"**, in dem er konstatierte:

"Die gegenwärtigen Veränderungen der Kommunikationstechnik werden wahrscheinlich das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten so tiefgreifend verändern wie einst die Erfindung der Schrift oder des Buchdrucks".

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, war Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, ist

Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, war Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Besonders aktuell: **Deutsche Robotertechnik**, von Chinesen 2017 aufgekauft.
Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87. Parallel dazu Kongress VI zu Künstlicher Intelligenz mit besonderer Bedeutung für Robotertechnik auf unserer KOMMTECH'87, von unserem langjährigen Congressleiter **Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fährnich** (verstorben im Alter von 66 Jahren am 20. April 2018 in Leipzig).

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Der deutschen Digitalbranche wurde mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 großer Schaden zugefügt: Vor allem kleine Unternehmen wurden zugunsten der Staatswirtschaft heimtückisch, brutal und nachhaltig zerschlagen.

Prominente Opfer einer brutalen Zerschlagungspolitik:

DEUTSCHE TELEKOM: Bilanz 2002 mit 24,6 Mrd € Verlust (bis heute größter Verlust eines deutschen Konzerns)

NEW ECONOMY: Absturz (Unternehmens-Genozid) der deutschen Innovationselite

SIEMENS AG: Verlust des größten Geschäftsbereichs, Zentralbereich COM (Communications) mit BENQ-Desaster

NOKIA: Handy-Weltmeister ohne Chance nach Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes

INFINEON: QIMONDA-Pleite (Schwerpunkt Dresden) und Verkauf des Telekommunikationsbereichs an INTEL

DEUTSCHE MESSE AG: Aussteller-Einbruch und Besucher-Einbruch auf der CeBIT 2002, trotz Verlustausgleich von 250 Mio € durch staatliche Anteilseigner in 2009 steht die CeBIT heute offensichtlich vor dem Aus

2002: Wirtschaftlicher Einbruch in Deutschland, gigantische Zerschlagungen und Agenda 2010

Nach 2003: Einstellung der Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovations Schwerpunkten unmittelbar auf dem Höhepunkt nach 26-jähriger, subventionsfreier Entwicklung Mit der brutalen Zerschlagungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt. Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich.

Die Innovationen der 1980er Jahre sind heute erst Gegenstand politischer Diskussion, z.B. Künstliche Intelligenz, sieh oben "besonders aktuell".

Krimineller Exzess dieser Umverteilungspolitik seit 1998:

Umverteilung kann nicht darin bestehen (hier),

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,

dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend

ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird:

> nicht nur von einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber

(Bundeskanzleramt) und

> von ihr gesteuerten Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen

> sondern auch von kommunalen Zwangsdienstleistern des

Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

dass Mitglieder seiner Sippe von einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft bis in den Tod gehetzt wird, um die Hetzjagd auf den Rechtsnachfolger des Verstorbenen fortzusetzen.

Dies alles trotz erdrückender Beweislage des Opfers, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör!

> **Heute: Wir kämpfen für unseren**

Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14):

Zerschlagung 1/6, Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz mit

Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer 2 O 163/16): Zerschlagung 2

Klage gegen den Freistaat Bayern wegen Eskalation zur Sippenzerschlagung,

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen / bayerischen Heimat, kapitalen Vermögensschäden,

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18): Zerschlagung 3

Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005

- **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005

- **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -

Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -

Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage zu Zerschlagung 1 und 6 durch die Congressmesse-Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Im Rahmen unserer Klage auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem **Verwaltungsgericht Berlin**

haben wir den **professionellen Wiederaufbau der**

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution beantragt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

In mehreren Schreiben seit Dez. 2017 haben wir an diesen Antrag erinnert. Bis heute haben wir keine Antwort zu diesem Antrag erhalten.

> **Juli 2012: Mein Bruder wurde Todesopfer einer bundesweit tätigen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit brutaler Planung und Umsetzung von politisch motivierter Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden Nachhaltige Umsetzung durch weisungsgebundene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaft (hier Zerschlagung 2)**

Die Bayerische Staatsregierung war bestens informiert über die Vorgänge der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, erzwungen von der deutschen Bundesregierung **durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000** und über das Schicksal der Europäischen Congressmessen, ihres Gründers und Organisators, des noch lebenden Zerschlagungsopfers. Beklagt ist hier die **extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer** (Bruder des Zerschlagungsopfers).

Der Bruder des Zerschlagungsopfers, **Wendelin Josef Ockl, ist das Todesopfer** für ein Wahlkampf-Projekt bayerischer Landespolitik und bayerischer Verwaltung mit rücksichtsloser Zerstörung der Heimat einer ganzen Sippe **unter Mitwirkung skrupelloser, bundesweit tätiger Staatsanwälte**. Das Todesopfer hatte nicht den Hauch einer Chance, von einer kriminellen bayerischen Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben.

Sieh

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Landratsamt Tirschenreuth) mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1 **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Der Unterzeichner ist einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern) und danach

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW

mit vorgetäuschten, grundgesetzlich längst abgeschafften

Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz,

mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung,

mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, unter Leitung einer skrupellosen, bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft.

Beklagt ist mit erdrückender Beweislage die **extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer (Bruder des Zerschlagungsopfers).**

Längst nachgewiesen beim Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) und beim Bundesverfassungsgericht (2 BvR 628/17, siehe Zerschlagung 2)

Darüber hinaus wurde Strafanzeige erstattet wegen Rechtsbeugung ohne die Chance einer juristischen Auflösung (1 AR 481/14 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vom 09.04.2014)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Durch kriminellen Amtsmissbrauch und kriminelle Rechtsbeugung in der regionalen Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung:

> Beseitigung eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs und Tod des Inhabers trotz heftiger Gegenwehr gegen ein Hygiene-Desaster des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes,
> Inhaber von kommunalen Amtsträgern und sog. richterlichen Mediatoren in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben
> Manipulation von Grundstücksrechten mit Schlüsselbedeutung in einem Verwaltungs-, Umwelt- und Justizskandal,
mit unbewältigter NS-Vergangenheit seit 1945, mit 2. Todesfall unter Verantwortung der NS-Vätergeneration derselben Tätergruppe (Vater der Brüder: Todes- und Zerschlagungsopfer der NS-Vätergeneration)
> trotz 2 Petitionen an den Bayerischen Landtag in München.

Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:

Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte haben kriminelle Zerschlagungsarbeit geleistet. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird:

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb, mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen,
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion),

Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Verstorbenen auf der Basis **von NS-Dokumenten aus 1943**, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgeboxt. Beklagt wird: **Skandalöse Rechtsbeugung mit unbewältigter NS-Vergangenheit in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Regensburg, mit Versagung von Berufungsverfahren trotz skandalöser Rechtsbeugung ohne einer Chance zur Auflösung dieser skandalösen Rechtsbeugung, mit beklagter Tatenlosigkeit des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof nach Strafanzeige wegen skandalöser Rechtsbeugung.**

Besonderes Beweis-Dokument mit Schlüsselbedeutung, vom Verwaltungsgericht ständig unterdrückt:

Mehrfach an das Verwaltungsgericht Regensburg übergeben. Zum 1. Mal persönlich an Vizepräsident Mages am 24.11.2011 übergeben,

zum 2. Mal am 10.04.2012 an Verwaltungsgericht übersandt und seitdem unterdrückt

Schriftsatz an die Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich / Gemeinde Leonberg vom 14.11.2011, dem die Antwort bis heute verweigert wird. Statt dessen: Betriebsschließung durch Landratsamt Tirschenreuth am 12.03.2012

mit 8-Mann-Spezialistenteam der Lebensmittelkontrolle, unterstützt mit einer hasskriminellen, vernichtenden Pressekampagne des Landratsamtes gegen das Zerschlagungsoffer als Hygiene-Sündenbock eines öffentlichen Umwelt-Skandals. Nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/Skandal-1.pdf>

Das Todesopfer war ein bei seinen Kunden besonders beliebter und geschätzter Unternehmer mit ausgezeichneten Qualitätsprodukten.

> **Heute: Wir kämpfen für unseren Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18, alt 27 K 5854/13) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft, Missbrauch des Presserechtes und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs (totale Kommunikationsverweigerung einschließlich Rundfunk- und Fernsehverbot seit 1998, Zerschlagung 3)**

Beklagt wird mit qualifiziertem Nachweis, dass der Öffentlich-rechtliche Rundfunk mitverantwortlich ist, seit 1998 mitverantwortlich direkt an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden durch Missbrauch des Presserechtes, mitverantwortlich durch Beteiligung an einer teuflischen Mauer des Schweigens über die gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik, mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung vorbereiteter Magazinsendungen mit möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Von der Ministerial-Bürokratie der Bundesregierung vorbereitet war die politisch motivierte Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit Start der in 1998 neu gewählten Bundesregierung. Die Leitung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) war darüber informiert. Von der Zerschlagung sollten nicht nur die Politmagazine profitieren, sondern auch der in 1997 neugegründete Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit erster Sendung in 1997.** Phoenix war an einer Berichterstattung zur ONLINE'98 interessiert, hatte aber für Live-Übertragung und Aufzeichnungen mit zusätzlicher eigener Moderation keine Übertragungsrechte. Übertragen wurde nicht aus dem Ausstellungsbereich, finanziert von Ausstellern, sondern aus dem Congressbereich, finanziert durch Congresssteilnehmer. Mit der Übertragung aus dem Congressbereich ohne Übertragungsrechte wurde die Finanzierung durch Congresssteilnehmer ausgehebelt.

Sieh

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in **Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperr, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Sieh Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht
Düsseldorf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Besonders diskriminierend ist:

Zu einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Intendanten des beklagten ÖRR
gemäß der genannten Anlagen V-1 bis V-6 u.a.: Keine Antwort und keine
Empfangsbestätigung (teuflische Mauer des Schweigens)

Sieh Schriftsatz vom 25.Nov. 2016 an das Verwaltungsgericht:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Anlage V-1: Schreiben vom 29.01.2011 an

ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Frau Monika Piel

Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF

Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO

Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage V-2: Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und
16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage V-3: Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,

Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage V-4: Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -

„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage V-5: Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -

„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Anlage V-6: Schreiben vom 19.01.2013 an **ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut**

Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:

„Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen
zum Sozialfall diskriminiert:

Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>

Besonders diskriminierend ist: "Professionell & Chancenlos"

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an weitere Intendanten

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks:

Rundfunk- und Fernseh-Sperre durch die Intendanten.

Sieh **Anlage VG180505-4**

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an weitere Intendanten des ÖRR.

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks mit

Rundfunk- und Fernseh-Sperre durch die Intendanten im Okt. 2007. An

> **Prof. Dr. Thomas Gruber**, Intendant des Bayerischen Rundfunks

> **Prof. Ernst Eilitz**, Intendant des Deutschlandradio

> **Dr. Helmut Reitze**, Intendant des Hessischen Rundfunks

> **Jobs Plog**, Intendant des NDR

> **Peter Boudgoust**, Intendant des Südwestrundfunks

> **Monika Piel**, Intendantin des WDR

> **Markus Schächter**, Intendant des ZDF

> **Maybrit Illner**, Polit-Talkshow

> **Reinhold Beckmann**, Polit-Talkshow

> **Anja Reschke**, Polit-Magazin Panorama

> **Theo Koll**, Polit-Magazin Frontal21

> **Brigitta Weber**, Polit-Magazin REPORT MAINZ

u.a.m

Kein Weiter so!

**Schluss mit der Hexenjagd auf Vorzeige-Leistungsträger
und seine Sippe mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod!**

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-1810200-1999

per Mail bundespraesidialamt@bpra.bund.de

Persönlich

**Herrn Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 25.Juli 2018

Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (1.Schreiben vom 10.Juni 2018, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerden vom 18.Mai 2018 und 10.Juli 2018

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

zu meinem ersten Anschreiben vom 10.Juni 2018, zugesandt am Morgen des 14.Juni 2018 per Fax, habe ich bis heute keine Antwort erhalten. Darin haben wir Sie erinnert an

unsere Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Sie sind unser Lebenswerk,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil auch sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Sieh Seite 11 im ersten Anschreiben.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von uns in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Nur ein Beispiel: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) unserer **KOMMTECH'87**, der 4. Europäischen Kongressmesse für Technische Automation, zu einem internationalen Kongress mit 4 ganztägigen Symposien zu

**Wissensbasierte Systeme in der Praxis:
Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand**

Die gesamte Kongressmesse umfasste insgesamt 6 Kongressbände zu 6 internationalen Kongressen mit 26 ganztägigen Symposien zu 26 digitalen Innovationsschwerpunkten der technischen Automation.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Kongressleiter war Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, der in diesem Jahr (April 2018) in Leipzig verstorben ist: Wir gedenken seiner leitenden Mitwirkung in unseren Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in tiefer Anteilnahme und in enger Verbundenheit:

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Besonders aktuell: **Deutsche Robotertechnik**, von Chinesen 2017 aufgekauft. **Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund**, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

Besonders aktuell: **Künstliche Intelligenz** wird von der Politik 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen und entsprechende Technologien aus China importiert. Der Kongress VI unserer KOMMTECH'87 hat im Jahr 1987 (vor über 30 Jahren) stattgefunden. Künstliche Intelligenz war ständiger Themenschwerpunkt unserer Congressmessen seit 1980 unter Leitung von herausragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Forschung, z. B. angefangen von

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Informatiker der ersten Stunde und **Mitbegründer der Künstlichen Intelligenz** auf der ONLINE'80

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

bis zu

Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Wolfgang Wahlster, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim **Bundespräsidenten**, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003, Technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer und Vorsitzender der Geschäftsführung des Deutschen Forschungszentrums für

Künstliche Intelligenz

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Besonders aktuell: **Europäischer Datenschutz**

Datenschutz und Datensicherheit waren schon in den 1970er Jahre Themenschwerpunkt meiner ONLINE Seminarreihe, herstellerunabhängig und führend in Mitteleuropa, und den daraus weiterentwickelten Europäischen Congressmessen ONLINE

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_77.pdf

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

ONLINE 1977 (vor über 40 Jahren) Technische Akademie Wuppertal

Besonders aktuell: **Datensicherheit**, wenn das

Regierungsnetz zum Trainingsplatz internationaler Hacker wird.

> Besonders aktuell: **Gründerwelle für Digitalisierung**
Wir sind mit Recht stolz darauf, als Gründer und Organisator dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit, der New Economy 2000, mit einem herausragendem Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine überragende Leistung für die Zukunft von Deutschland erbracht zu haben: Sieh Seite 4 des ersten Anschreibens

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

> **Wir sind mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung**

Teil unseres herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen unserer Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa. Sieh Seite 6 im ersten Anschreiben

Besonders aktuell: **Fake Science.**

2018: Mehr als 5000 Wissenschaftler deutscher Hochschulen haben Forschungsarbeiten bei scheinwissenschaftlichen Verlagen veröffentlicht. Experten sprechen von einem "Desaster für die Wissenschaft".

Wir haben mit mehreren 100.000 Congressbänden den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen:

Eine Weltklasse-Höchstleistung
mit einer einzigartigen zeitgeschichtlichen
Dokumentation über die Entstehung und
Entwicklung der Digital-Branche in den Jahren 1976 - 2003.

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Eine Umverteilungspolitik kann richtig sein, aber dann bitte **gerecht in Solidargemeinschaft mit der gesamten Bevölkerung.**

Freigabe zur Umverteilung seit 1998:

Was haben skrupellose Staatsanwälte daraus gemacht?

> **Heute: Wir beklagen eine**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht,

Spitzenleistung eines Unrechtssystems mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft (Sieh Seite 10 des ersten Schreibens):

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung

mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden und sozialer Zerschlagung

unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft

> **Juli 2012: Mein Bruder wurde Todesopfer dieser bundesweiten Sippenzerschlagung (Zerschlagung 2)**

Sieh Seite 16 des ersten Schreibens

> **Juni 2018: Zweite Freiheitsberaubung** unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung) durch einen 4-Mann-Polizeitrip mit anschließender teuflischer Isolationshaft in der JVA Wuppertal



> Besonders aktuell: **Krimineller Exzess dieser Umverteilungspolitik mit bis heute andauernder Zerschlagungspolitik seit 1998: Umverteilung kann nicht darin bestehen (hier), dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird, dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird:**

> nicht nur von einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber (Bundeskanzleramt) und

> von ihr gesteuerten Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen

> sondern auch von kommunalen Zwangsdienstleistern des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

dass Mitglieder seiner Sippe von einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft bis in den Tod gehetzt werden, um dann die Hetzjagd auf den Rechtsnachfolger des Verstorbenen in NRW fortzusetzen.

Dies alles trotz erdrückender Beweislage des Opfers mit zusätzlicher Internet-Dokumentation, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör!

Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein teufliches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

und

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Deutschland hat ein Problem:

Bei Weltklasse-Höchstleistungen drohen dem Leistungsträger politisch motivierte Sippenzerschlagung, staatlich erzwungene Altersarmut mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, brutale Polizeigewalt gegen Rentner mit anschließender Isolierhaft, inzwischen beim Bundesverfassungsgericht aktenkundig:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 284)

> Besonders aktuell: **Freiheitsberaubung (psychische Zerschlagung)**

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014

Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Am Morgen des 14. Juni 2018 um 7.30 Uhr standen 4 Personen in Polizei-Uniform vor der Tür und verlangten ungestüm Zugang, weil sie einen Haftbefehl hätten. Das Opfer hat sie aufgefordert, den Haftbefehl im Posteinwurf einzuwerfen, damit es Einsicht nehmen könnte. Die Einsichtnahme wurde verweigert. Der 4-Mann-Polizeitrupp umstellte das Haus und terrorisierte das Opfer durch die vorhandenen Fenster. Das Opfer, **Rentner im Alter von 77 Jahren**, war im Schlafanzug beim Frühstück, stand unter Schock, hat alles verriegelt, was zu verriegeln war.

Mit dieser Maßnahme war es ihm aber möglich, genügend Zeit zu gewinnen, um den fertigen, **ersten Brief an den Bundespräsidenten** am Morgen des 14. Juni 2018 per Fax zu übersenden. Danach: Während es durch das Wohnzimmerfenster einem angeblichen Polizisten erklärte, dass hier Missbrauch von Staatsgewalt vorliegen müsse, indem es den Haftbefehl nicht einsehen konnte, wurde es von 2 Polizisten von hinten überfallen und sofort die Hände mit Handschellen auf dem Rücken fixiert. Die beiden gewalttätigen Polizisten waren mit Hilfe eines Schlüsseldienstes (5. Person) in die Garage eingedrungen und so durch den Treppenaufgang in das Wohnzimmer gelangt. Eine Einsichtnahme in die Belehrung des Haftbefehls wurde ihm nicht ermöglicht. Das schockierte Opfer wurde im eigenem Haus im Schlafanzug abgeführt. Das Opfer, 77-jähriger Rentner im Schlafanzug, das keinen physischen Widerstand geleistet hat, forderte Respekt vor einem überfallenen Rentner ein mit Hinweis auf **Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes** (Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt). Ein gewalttätiger Polizist konterte: **"Das ist das Grundrecht auf Gefangennahme"**.

So wird das Grundgesetz von gewalttätigen Polizisten in der Praxis **verhöhnt**. Ein Polizist fotografierte von der Terrasse aus mit seiner Handy-Kamera den rückwärtigen Bereich des umfriedeten Grundstücks. Das Recht auf Datenschutz, jetzt mit viel Öffentlichkeitsarbeit europaweit aktualisiert und verkündet, ist in Velbert noch nicht angekommen.

Das gesamte Grundstück ist umfriedet mit Zaun, mit gemauerten Torpfosten an der Hofeinfahrt. Die Umfriedung ist verstärkt mit Büschen und Bäumen. Das Polizei-Auto hatte keinen Grund, die Zufahrt in der Hofeinfahrt zu erzwingen. Beim Abtransport des fixierten Rentners ist das Polizeiauto die Hofeinfahrt des Privatgrundstücks weiter abwärts gefahren bis zur Garage, anstatt rückwärts auf die öffentliche Straße, hat am Ende der privaten Hofeinfahrt gewendet und ist über die private Hofeinfahrt zur Polizeiwache und anschließend zur JVA in Wuppertal gefahren.

Es geht hier um Missbrauch von Staatsgewalt und daher um **schweren Hausfriedensbruch mit Rufschädigung in der Nachbarschaft**. Der 4-Mann-Polizeitrupp wurde angeführt von einem angeblichen **Polizei-Hauptkommissar Thomas Körner**. Der Bitte des Opfers nach Überlassung einer Visitenkarte wurde nicht entsprochen

Das fixierte Opfer, bekleidet mit Schlafanzug, stand unter schwerer Schockeinwirkung, hat auf einer Kopie des Haftbefehls bestanden, hatte aber keine Gelegenheit zur Kenntnisnahme der Belehrung, weil bei Ankunft in der JVA die Kopie des Haftbefehls abzugeben war. Erst nach Rückkehr aus der Haftanstalt am Samstag nachmittags um 16.00 Uhr hatte das Opfer die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Belehrung. Hier musste es mit Erstaunen feststellen: **Die Belehrung informiert über Rechte in 10 Punkten, von denen außer Punkt 8 kein einziger Punkt erfüllt war.**

Selbst Punkt 7 zur Untersuchung durch einen Arzt wurde nur zum Teil erfüllt, weil das Opfer über Hörbeschwerden klagte und um eine entsprechende Untersuchung gebeten hat. Diese Untersuchung hat nicht stattgefunden, obwohl das Opfer auch in der Haftzelle nochmals darum gebeten hat. Das Opfer war erstaunt über Rechte (10 Punkte), die ihm zugestanden hätten. Offensichtlich wurde eine Kenntnisnahme deswegen absichtlich verhindert.

Bei Zugang in der JVA wurde das Opfer aufgefordert, **sich nackt bis auf die Haut auszuziehen**. Es hat den Schlafanzug ausgezogen, hat sich aber geweigert, die Unterhose auszuziehen, weil dies für ihn entwürdigend war. Es verbrachte den ganzen Vormittag im Schlafanzug bis nach dem Mittagessen in einer Art Ausnüchterungszelle in einem unzumutbaren Zustand. Vorder- und Rückwand dieser Zelle bestanden aus vergittertem Glas, sodass Einsicht von allen vorbeikommenden Personen möglich war. Die Seitenwände hatten tiefe Schlaglöcher und waren beschmiert mit Sprüchen wie "Fuck you Wuppertal", "Tod den Deutschen", "Daniel Cibis ist ein Kinderficker" und weitere in nicht verständlicher Fremdsprache.

Es wurde in dieser Zelle von einem Herrn Rommel, der sich als Leiter der Zugangsabteilung vorstellte, verhört, weil sich das Opfer nicht nackt ausziehen wollte. Der JVA-Leiter hat ihm verdeutlicht, dass er auf Empfindlichkeiten einzelner Gefangener nicht Rücksicht nehmen könne. Tatsächlich ist Herr Rommel Bereichsleiter (JVAI, Justizvollzugs-Amtsinspektor mit Verantwortung auch für die spätere Unterbringung). Das Opfer hat in sachlichem Ton darauf bestanden, **sich nicht nackt bis auf die Haut auszuziehen zu müssen**.

Am Nachmittag wurde das Opfer eingeliefert in die Zelle 9.4 (Strafhaft, Absonderung, 15-minütige Beobachtung). Hier musste es erfahren, was **totale Isolationshaft in einer Gefangenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber bedeutet**.

Das Opfer hat diese Bezeichnung **"indisches Plumpsklo"** geprägt, weil es eine solche Klo-Gestaltung in seinem ganzen Leben nicht gesehen hat. Der Klo-Benutzer muss auf 2 Fußpodesten in Hockstellung sich begeben und dann in ein Plumpsloch von ca. 10 cm Durchmesser zielen. Deswegen hat das Opfer gebeten, die benachbarte Toilette der Etage benutzen zu können. Dies wurde ihm jedoch auf Anweisung des Bereichsleiters Rommel untersagt.

Totale Isolationshaft bedeutet keinerlei Kontakt zur Außenwelt, kein Zugang zu Nachrichten, keine Übertragung von der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft, deren Übertragung aus benachbarten Zellen geräuschweise zu hören war oder andere Ablenkungsmöglichkeiten sowie Überwachung im 15 Minutentakt auch nachts mit Einschaltung von greller Beleuchtung. Man beachte: Es geht hier um Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für einen Betrag von 180 € und Umsetzung mit **totaler Isolationshaft in einer Gefangenzelle mit offenem "indisches Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber**.

Wie das gesamte Strafverfahren ist ein solcher Strafvollzug verfassungswidrig, weil es schon gegen die grundgesetzlich vorgegebene Verhältnismäßigkeit verstößt.

Offensichtlich war dieser Strafvollzug, der gegen Menschenrechte in einem unerträglichen Maße verstößt, von der verantwortlichen Staatsanwaltschaft mit der Polizei und dem Bereichsleiter der JVA abgestimmt. Mit verfassungswidrigen Beschlüssen der 6. Strafkammer wurde dazu die Basis gelegt.

Daher hat das Opfer Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds (180 €) und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld gestellt, bis heute ohne Rückmeldung von der 6. Strafkammer des Landgerichts Wuppertal. Der Schriftsatz wurde als Teil der Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht übergeben:

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Wenn eine Umverteilungspolitik in eine Zerschlagungspolitik umschlägt und pervertiert, dann ist die

Solidargemeinschaft eines Rechtsstaates längst gefordert:

Das Opfer hat die Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes hinnehmen müssen, aus dem der deutsche Staat großen Nutzen gezogen hat.

Mit der Zerstörung seines Lebenswerkes wurde ihm nachweislich ein

riesiger Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe zugefügt: Staatliche erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto ist die aktuelle Situation.

Das ist Zerschlagung 1.

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt, weil die Zerschlagung auf die Sippe des Zerschlagungsopfers erweitert wurde.

Auf seinen Bruder wurde eine Treib- und Hetzjagd bis in den Tod veranstaltet:

Verlust eines Menschenlebens, totaler Vermögensschäden, Nachlassinsolvenz des einzigen Rechtsnachfolgers und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf den Rechtsnachfolger (Unterzeichner). Das ist Zerschlagung 2. Sieh Seite 16 des ersten Schreibens.

Eine Umverteilungspolitik wird in der Regel von Staatsanwälten umgesetzt. Auch die Perversion einer Zerschlagungspolitik. Hier kommt ein dritter Täter hinzu: Der **Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beklagt, sich an der Zerschlagung direkt beteiligt zu haben** und einen

direkten Schaden von mind. 100.000 € verursacht zu haben. Das ist Zerschlagung 3. Sieh Seite 19 des ersten Schreibens

Einerseits: Die Solidargemeinschaft des deutschen Rechtsstaates hat bis heute völlig versagt. Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage zu den Zerschlagungen 1, 2 und 3 wird beklagt.

Andererseits: Das Zerschlagungsopfer wird heute von Gerichten und Staatsanwälten bedrängt, verfolgt und psychisch gefoltert, damit es seinen Verpflichtungen gegenüber den Solidargemeinschaften der sozialen Pflichtversicherungen erfüllt, die es aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut nicht mehr erfüllen kann. Seit 2010, seit Auflösung umfangreicher Altersrücklagen, erhält das Zerschlagungsopfer keine Versicherungsleistungen mehr.

Auf der Täter-Seite wird völliges Versagen der Solidargemeinschaft des Rechtsstaates als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut hingenommen, trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für den deutschen Staat,

auf der Opferseite werden die Verpflichtungen der Solidargemeinschaft der sozialen Versicherungen gnadenlos eingefordert, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, obwohl seit Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbracht werden trotz staatlich erzwungener Altersarmut, die einzige Ursache fehlender Beitragszahlungen sind

Das ist soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Sieh Verfassungsbeschwerden zu Missbrauch deutscher Justiz.

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Wir beklagen:

Öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer, 27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Öffentliche Rehabilitation, professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schadenersatz durch die Bundesrepublik Deutschland

am Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer, VG 27 K 308.14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Schadenersatz für politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung meines Bruders mit Todesfolge, nach einer Treib- und Hetzjagd seit 1998 bis in den Tod, mit kapitalen

Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und nach Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW (Unterzeichner)

am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Sehr verehrter Herr Bundespräsident!

Uns sind Ihre Worte bekannt:

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."

Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitation unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.

Besondere Bedeutung hat die Faktenlage, dass Sie als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für die Durchsetzung einer **folgenreichen Umverteilungspolitik** in der Digital-Branche verantwortlich waren. Für den Unterzeichner ist es bis heute nicht nachvollziehbar, wie diese Umverteilungspolitik in

politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung

mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden, mit sozialer und psychischer Zerschlagung unter Leitung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (siehe erstes Anschreiben Seite 10)

umschlagen und pervertieren konnte.

Für eine konstruktive Antwort über das weitere Vorgehen bin ich Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Notabene

Wir bieten zusätzlich unsere Internet-Doku zu diesem Schreiben an mit einfacher Verifizierung weiterer Angaben im Internet.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 10.04.2013

in Kopie an
**Präsident des Bundesverfassungsgerichtes
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen**

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden **2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12** (Kapitel 27
in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und
25.01.2012 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Für die Antwort vom 04.04.2013, die Sie mir durch Ihren Referatsleiter
Verfassung und Recht haben zusenden lassen, möchte der Unterzeichner sich
gerne bedanken. Sein Schreiben vom 12.03.2013, auf das diese Antwort Bezug
nimmt, hat er bereits mit weiteren Kapiteln im Schreiben vom 28.03.2013
verdeutlicht:

01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

**02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind
ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für
Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung**

**03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes,
Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer
Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw.
Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur
Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf
den Justizirrtum ...**

**04. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang

06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen Bruders

Detaillierte Ausführungen zu diesen Kapiteln: Siehe unser Schreiben vom 28.03.2013. Um Missverständnisse zu vermeiden, müssen wohl weitere Ausführungen mehr Verständnis bringen:

07. Antwortender Referatsleiter des Bundespräsidenten empfiehlt: Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe
Wir brauchen nicht den Rat, sondern Taten

26 wertvolle Jahre kann uns niemand ersetzen

08. Fataler Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichtes offensichtlich, Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes durch die Bundesregierung offensichtlich (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13)

09. Vorwurf der unbewältigten NS/NAZI-Vergangenheit duldet keinen Aufschub: Hier kann der Bundespräsident mit seinen Erfahrungen zur Bewältigung der STASI-Vergangenheit wertvolle Kompetenz zeigen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12)

10. Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe: Wie soll er denn bezahlt werden?
Gegen eine Treib- und Hetzjagd auf den Unterzeichner mit laufenden Gerichtsverfahren hintereinander, parallel, durch alle Instanzen: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Gegen ein festgefügtes NS/NAZI-Netzwerk der Nachfolgegeneration bis in höchste Stellen bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

11. 26 wertvolle Lebensjahre verloren:
Bundespräsident sollte endlich ein Zeichen setzen, Prägung des Amtes durch die Person des Bundespräsidenten

**Zu 07. Antwortender Referatsleiter des Bundespräsidenten empfiehlt:
Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe
Wir brauchen nicht den Rat, sondern Taten
26 wertvolle Jahre kann uns niemand ersetzen**

Mit verheerenden Folgewirkungen hat die UMTS-Auktion 2000 dem Unterzeichner, ihm und seiner Ehefrau, die **Existenz-Grundlage entzogen**. Sie hatten nicht den Hauch einer Chance. Der Unterzeichner hat sich diesen fatalen Auswirkungen eines katastrophalen Markteingriffs der deutschen Bundesregierung nicht entziehen können. Er hat nicht den Kampf im Wettbewerb der Marktwirtschaft verloren, sondern ist das

Opfer eines Markteingriffs der Bundesregierung mit massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes geworden, ist das

Opfer der anschließenden Diskriminierung seiner Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum geworden, ist das

Opfer der Untätigkeit und Ignoranz des Deutschen Bundestags (mit Verfassungsbeschwerde gerügt, Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung) geworden, ist das

Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht geworden, zu dem das Bundesverfassungsgericht trotz ausführlicher Informationen, trotz Anhörungsrüge, trotz des Angebots hochqualifizierter Zeugen und hochprofessioneller Beweisunterlagen, trotz mehrerer Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) sich nicht äußern will.

Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres 30-jährigen Lebenswerkes: Hier ist nicht der Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe, jetzt sind endlich Taten gefordert. 26 wertvolle Jahre kann ihnen niemand ersetzen. **Wie lange müssen sie noch warten?** Siehe Kapitel 2. Europäer und Banken, auch ohne Systemrelevanz, erhalten deutsche Solidarität. Deutsche Mitbürger, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland über ein Viertel Jahrhundert lang, erhalten **Null** Cent für den Entzug der Existenz-Grundlage unter Verantwortung des deutschen Staates. Schadenersatz und Rehabilitierung: Fehlanzeige. Das schlechteste Grundgesetz der Welt lässt so etwas nicht zu.

Zu 08. Fataler Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichtes offensichtlich, Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes durch die Bundesregierung offensichtlich (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13)

Für den Unterzeichner ist es schwer vorstellbar, dass dem Bundesverfassungsgericht die Zusammenhänge zwischen dem Verbrauchermarkt und dem Innovationsmarkt nicht bekannt sind. Sollte dies der Fall sein, so empfehlen wir die Hinzuziehung eines hochqualifizierten Zeugen:

Prof. Dr.-Ing.habil. Dr.h.c.mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft und unser langjähriger Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in den 80er und 90er Jahren.

Totales Versagen deutscher Justiz ist zu beklagen, weil bis heute hochqualifizierte Zeugen und herausragende Beweisunterlagen für professionelle Weltklasse-Höchstleistungen des Unterzeichners nicht zugelassen wurden: Siehe Kapitel 3 der Verfassungsbeschwerde **2 BvR 397/13**, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Zu 09. Vorwurf der unbewältigten NS/NAZI-Vergangenheit duldet keinen Aufschub: Hier kann der Bundespräsident mit seinen besonderen Erfahrungen zur Bewältigung der STASI-Vergangenheit unterstützende Kompetenz zeigen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12)

Es ist längst an der Zeit, dass gerade **die verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-Vergangenheit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates** einer schnellstmöglichen Abhilfe zugeführt werden sollten, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Der Vater des Verstorbenen und des Unterzeichners ist 1945 Opfer einer unbewältigten NAZI-Vergangenheit (Väter-Generation des NS-Netzwerkes in Bayern / Landkreis Tirschenreuth). Das regionale NS-Netzwerk wurde nach dem letzten Weltkrieg nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern durch Flüchtlinge aus dem benachbarten Sudetenland verstärkt.

Siehe auch Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 (Kapitel 214 ff)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf>

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei seines Bruders ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert ist und war. **Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben**, dass der Bruder des Unterzeichners im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den **Freitod**.

Eine Qualitätsbäckerei mit Premium-Auszeichnungen, mit Damwild-Gehege und Wassertriebwerk zur Erzeugung CO²-freier, erneuerbaren Energien ist seit 2012 eine

Verwaltungsruine dank unbewältigter NS-Vergangenheit der Verwaltung: Wo bleibt der deutsche Rechtsstaat?

Der Freitod seines Bruders, Folge einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd soll nun ohne gerichtliche Klärung in den Akten verschwinden, weil der Unterzeichner als Erbe Nachlass-Insolvenz anmelden musste, um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen.

Er ist nun selbst auch noch **Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit** in Bayern (Landkreis Tirschenreuth) geworden.

**Zu 10. Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe:
Wie soll er denn bezahlt werden?**

Gegen eine Treib- und Hetzjagd auf den Unterzeichner mit laufenden Gerichtsverfahren hintereinander, parallel, durch alle Instanzen: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

Gegen ein festgefügtes NS/NAZI-Netzwerk der Nachfolgegeneration bis in höchste Stellen bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

Katastrophale Verluste durch Zerstörung der Existenz-Grundlage als verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 haben uns einen Schaden in 2-stelliger Millionen-Höhe zugefügt. Auflistung in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS-Schaden.pdf>

Der Unterzeichner / Geschädigter / Beklagter / Kläger kümmert sich, wie er wieder Zahlungsfähigkeit für Kranken- und Pflegeversicherung, für Rundfunkgebühren erreichen kann. Ohne Schadenersatz geht das nicht.

Der Unterzeichner / Geschädigter / Beklagter / Kläger kümmert sich, wie er sich gegen Missbrauch von Staatsgewalt wehren kann, gegen Zwangsmassnahmen (Gerichtsvollzieher, Haftbefehle, SCHUFA-Eintragungen), die von einem Richter mit laufendem Befangenheitsantrag und mit Nichtbeachtung einer Anhörungsrüge (Direktor des Amtsgerichtes Mettmann) veranlasst worden sind. Ein Bundesverfassungsgericht ist sich nicht bewusst, dass es für deutsche Justiz richtungsweisend ist. Nicht-Annahme einer Verfassungsbeschwerde ohne Begründung wird mit einer Verurteilung gleichgesetzt.

Gegen Rentner der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, denen ansehnliche Altersrücklagen mit einem staatlichen Markteingriff der Exzellenzklasse (UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag) rücksichtslos weggenommen wurden? Eine Lebenserfahrung der besonderen Art in einem sogenannten Rechtsstaat Deutschland!

Nach jahrelangen, intensiven, vergeblichen Bemühungen zur Wiederaufnahme unserer lebenslangen Arbeit mit herausragenden Arbeitsleistungen betreiben wir jetzt auf der Basis des Grundgesetzes die gerichtliche Durchsetzung unseres Rechtsanspruches auf Schadenersatz und Rehabilitierung.

Das Unrecht aus verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, aus massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes, aus Diskriminierung von Weltklasse-Höchstleistungen, aus Justizirrtum, aus Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung hat Probleme geschaffen, die mit einer rechtstaatlichen Rechtsprechung endlich gelöst werden müssen.

Schnellstmöglich nach dem Verlust von **26 wertvollen Jahren, eines Viertel Jahrhunderts auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes.**

**Zu 11. 26 wertvolle Lebensjahre verloren:
Bundespräsident sollte endlich ein Zeichen setzen,
Prägung des Amtes durch die Person des Bundespräsidenten**

Aus der Homepage des Bundespräsidenten:

Der Bundespräsident ist das einzige Verfassungsorgan, das aus nur einer Person besteht. Die Persönlichkeit des Amtsinhabers prägt deshalb zwangsläufig die Amtsführung in besonderem Maße. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat die bisherige Staatspraxis maßgeblichen Einfluss auf die heutige verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten genommen. Auch wenn es keine Vorschrift im Grundgesetz gibt, die dem Bundespräsidenten politische Stellungnahmen verbietet, so hält sich das Staatsoberhaupt in aller Regel mit öffentlichen Äußerungen zu **tagespolitischen Fragen** zurück. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie **parteipolitisch umstritten** sind

Hier geht es jedoch um die Schiefelage eines Rechtsstaates Deutschland:

Das Unrecht
aus verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000,
aus massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes,
aus Diskriminierung von Weltklasse-Höchstleistungen,
aus Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichts,
aus Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung
hat Probleme geschaffen, die mit einer rechtstaatlichen Rechtsprechung endlich
gelöst werden müssen. Schnellstmöglich nach dem Verlust von

**26 wertvollen Lebensjahren,
eines Viertel Jahrhunderts auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes.**

Siehe Kapitel 04.

**Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

Das Unrecht aus
**verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-/NAZI-Vergangenheit
des nationalsozialistischen Unrechtsstaates** mit tödlichem Ausgang im Monat
Juli 2012 ist unerträglich. Es ist ungeheuerlich, wenn diese Vorgänge in Bayern
unter dem Teppich gekehrt werden.

Siehe Kapitel 06.

**Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen
Bruders**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Ist es möglich, Ihre persönliche Antwort zu erhalten?

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Das Schreiben ist im Interesse einer besseren Handhabung der Internet-Cloud auch abrufbar mit Klick auf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Mit Schreiben vom 12.03.2013 zugesandt:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13 (AR 339/13),
auch in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

auch in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf>

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 28.03.2013

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichtes,
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen.**

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden **2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12**
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Bundespräsident **Johannes Rau** hat mit einer Ansprache als Schirmherr
unsere Congressmesse KOMMTECH 1988 (als Ministerpräsident von
Nordrhein-Westfalen) eröffnet, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

Bundespräsident **Horst Köhler** wurde von uns am 25.05.2010 angeschrieben mit
"Wir klagen an". Unmittelbar danach hat er seinen Rücktritt erklärt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Bundespräsident **Christian Wulff** wurde von uns im Juli 2010 mit demselben
Anliegen angeschrieben, ohne irgendeine Hilfe oder einen Nutzen zu
ungeheuerlichen Vorgängen zu erfahren, die wir im Rahmen einer mehrjährigen
Petition an den Deutschen Bundestag aufwendig dargestellt haben:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

In Ergänzung zum Schreiben vom 12.03.2013 möchte der Unterzeichner mit weiteren Kapiteln informieren:

01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung

03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

**04. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

**05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang**

**06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen Bruders**

Das Schreiben ist im Interesse einer besseren Handhabung der Internet-Cloud auch abrufbar mit Klick auf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zu 01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.

Zu 02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung

Am 20.März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Die Beschwerdeführer beklagen verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen die **Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.

Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

Seit der UMTS-Auktion 2000 sind 13 Jahre vergangen, für den Unterzeichner und seiner Ehefrau sind es 2x13, 26 wertvolle Jahre, ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum darüber hinaus mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung:
Nur ein deutscher Unrechtsstaat kann das.

Zu 03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

Das Rechtsstaatsprinzip basiert auf Art.20 Abs.3 GG: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden". Die Praxis der Rechtsprechung sieht entsprechend den Erfahrungen der Beschwerdeführer ganz anders aus: Selbst an Landgerichten erfolgt die Rechtsprechung nur nach Gesetz (Scheuklappen-Justiz, die Grundrechte nicht sehen will) und an Amtsgerichten wird das Recht gebeugt, was das Zeug hält. Missbrauch von Staatsgewalt ist für Amtsgerichte kein Problem.

Der Innovationsmarkt der ITK-Branche ist international aufgestellt und kann schon gar nicht durch ein nationales Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) reguliert werden. Der nationale Innovationsmarkt kann höchstens zerstört werden. Dies ist mit der UMTS-Auktion 2000 geschehen. Die Versteigerung der Funkfrequenzen, ein mögliches Regulierungsinstrument für den Verbrauchermarkt, hat den nationalen Innovationsmarkt gründlichst zerstört. Innovationswachstum der ITK-Branche ist nach der UMTS-Auktion 2000 ausgewandert, Agenda 2010 ist eingewandert.

UMTS (LTE ist Weiterentwicklung) ist der Standard für das mobile Internet.

Das Regulierungsrecht und ein entsprechendes Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) sind auf den nationalen Verbrauchermarkt fokussiert. Im Verbrauchermarkt treffen Anbieter (z.B. Netzbetreiber, Diensteanbieter) und Verbraucher (Endbenutzer der Telekommunikation) aufeinander. Es ist ein **Missbrauch des Regulierungsrechtes**, wenn mit der Regulierung der Innovationsmarkt zerstört wird.

Regulierungsrecht des deutschen Staates ist auf den Verbrauchermarkt fokussiert und hat keine Berechtigung im Innovationsmarkt. Die weltweit herausragenden Congressmessen des Beschwerdeführers haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche dominiert. Die Congressmessen mit dominanter Bedeutung der Congresse haben **nicht den Verbraucher**, sondern Entscheidungsträger und Multiplikatoren für innovative Ideen, innovative Konzepte und innovative Entwicklungen, bezogen auf die ITK-Branche, kurz den **Innovationsmarkt der ITK-Branche** adressiert: Siehe Kapitel 17 ff der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13.

Zu 04. Schläge in das Antlitz der Justitia gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

⊗ **Entzug der Existenz-Grundlage mit katastrophalen Vermögensschäden** durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung in den Folgejahren trotz Weltklasse-Höchstleistungen in den vorhergehenden 30 Jahren

⊗ **Missbrauch des Regulierungsrechtes** (Verbrauchermarkt) durch Zerstörung des Innovationsmarktes: Unternehmens-Genozid der Innovationselite der ITK-Branche durch UMTS-Auktion 2000

⊗ **Opfer der UMTS-Auktion 2000 werden zum Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht** bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerde: Unrechtsverfahren mit Justizirrtum und Nichtannahme zur Entscheidung bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerden 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11 abgesegnet

Justizirrtum hat zur Nichtannahme zur Entscheidung bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerden 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11 geführt. Die Fortsetzung der Verfahren vor dem zuständigen Verwaltungsgericht (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung) und dem zuständigen Zivilgericht (Versteigerung des Geschäftshauses) wurde dadurch de facto verwehrt, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

⊗ **Missbrauch des Petitions-Grundrechtes** durch den Deutschen Bundestag: Petition Pet 1-17-09-703-005442 an den Deutschen Bundestag (Art. 17 GG), ausführliche Begründung mit über 53 Kapiteln, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

⊗ **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitionsgrundrechtes durch den Deutschen Bundestag: Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung ohne Begründung, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

⊗ **Vom Justiz-Irrtum zum Justiz-Skandal?** (Schriftsatz vom 11.03.2013 an das Bundesverfassungsgericht, Kapitel 23-28)

Treib- und Hetzjagd des Sozialstaates auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Vorwürfe an ein tatenloses Bundesverfassungsgericht, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

⊗ **UMTS-GAU: Millionenfache, katastrophale Verluste**

durch Zerstörung der Existenz-Grundlage als verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, durch Mißbrauch des Regulierungsrechtes, durch Justizirrtum ... nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS-Schaden.pdf>

⊗ **UMTS-GAU: Anhörungsresistente Justiz eröffnet die Jagd wegen Verlust der sozialen Leistungsfähigkeit:**

Ordnungswidrigkeits- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht Mettmann wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Zivilgerichtliches Verfahren vor dem Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Sozialgerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

⊗ **Haftbefehl gegen den Beschwerdeführer und SCHUFA-Eintragung vom Direktor des Amtsgerichtes Mettmann**

mit Missachtung einer Anhörungsrüge und mit laufendem Befangenheitsantrag, mit ständiger Missachtung eines Berufungsantrags an das zuständige Landgericht Wuppertal (33 OWi-923 Js 1396/12-12/13, 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12, 26 Qs-523 Js 2043/11-178/12 (26 Qs 178/12 abgewandelt))

⊗ **Haftbefehl gegen den Beschwerdeführer** durch die Stadt Velbert trotz der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

⊗ **Scheuklappen-Justiz & Handschellen-Justiz:** Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totale Diskriminierung in den Folgejahren trotz Weltklasse-Höchstleistungen in den vorhergehenden 30 Jahren: Nicht sehen wollen, nicht hören wollen, nicht wissen wollen !

⊗ **Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre verloren, dies ist ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes**

mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung, mit Missbrauch des Regulierungsrechtes, mit Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht trotz Anhörungsrüge, mit Scheuklappen-Justiz, mit Handschellen-Justiz, mit Rechtsbeugung durch Amtsgerichte, was das Zeug hält!

**Zu 05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang**

Der Beschwerdeführer (Unterzeichner) ist während des 2. Weltkriegs (1941) in Themenreuth, Landkreis Tirschenreuth in direkter Nachbarschaft zum Sudetenland geboren. Kurzer Lebenslauf in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf>

Eine unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungsskandals mit tödlichem Ausgang

Gerade deutsche Gerichte sollten besonders sensibilisiert sein und hellhörig werden, wenn unter der Spitze eines Eisbergs in einem Verwaltungs-, Lebensmittel- und Justizskandal **unbewältigte NS- und NAZI-Vergangenheit** zum Vorschein kommt.

Seit den 90er Jahren wehrte sich der verstorbene Bruder des Unterzeichners vergeblich dagegen, dass auf seinem Hofgrundstück eine Pumpwerksanlage des regionalen Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialischem Gestank bei stunden- und tagelangen Störfällen in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Beschwerdeführers, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgesetzt.

Der verstorbene Beschwerdeführer hat durch Vorlage eines amtlichen Katasterauszeuges aus dem Jahre 1999 seine Grundstücksrechte nachgewiesen. Der amtliche Auszug aus dem Katasterkartenwerk vom 26.07.1999 ist mit Mausclick im Internet einsehbar:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/Kataster.jpg

Das Verwaltungsgericht Regensburg hat den Katasterbeweis des Beschwerdeführers mit einem **NS-Dokument aus dem Jahr 1943** zurückgewiesen. Das NS-Dokument ist in Sütterlin-Schrift abgefasst, der verantwortliche Richter hat bei der mündlichen Verhandlung zugegeben, dass er nicht in der Lage ist, die Sütterlin-Schrift zu lesen, hat aber das **NS-Dokument aus 1943** als Gegenbeweis zum **amtlichen Kataster-Auszug von 1999** bewertet. Eine Analyse des Sütterlin-Dokumentes zeigt, dass Grundstücksrechte zum Hofgrundstück des Beschwerdeführers überhaupt nicht betroffen sind, und es zeigt, wie **Mitglieder der NSDAP** vorgegangen sind, um sich Grundstücksrechte von Nicht-Mitgliedern der NSDAP in niederträchtiger Weise anzueignen.

Das NS-Dokument aus 1943 in Sütterlin-Schrift ist mit Übersetzung im Internet einsehbar:
> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/Suetterlin-1943.pdf>

"Wie lange will das Bundesverfassungsgericht noch zusehen, wie Grundrechte vom Landratsamt Tirschenreuth unter dem Schutz des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ausgehebelt werden, bis der wirtschaftliche Ruin des Beschwerdeführers erreicht ist?" so im Schriftsatz des Beschwerdeführers mit Datum 21.03.2012 an das Bundesverfassungsgericht (Kapitel 218), nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-20.pdf

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG.pdf

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei des Verstorbenen ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert war. **Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben**, dass er im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den **Freitod**.

Der Freitod des Beschwerdeführers, Folge einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd soll nun ohne gerichtliche Klärung in den Akten verschwinden, weil der Erbe Nachlass-Insolvenz anmelden musste, um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen.

Sein Vater ist 1945 Opfer einer unbewältigten NAZI-Vergangenheit (Väter-Generation des NS-Netzwerkes in Bayern / Landkreis Tirschenreuth).

Sein Bruder (Unterzeichner) ist nun Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth). **Das regionale NS-**

Netzwerk wurde nach dem letzten Weltkrieg nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern durch Flüchtlinge aus dem benachbarten Sudetenland verstärkt.

Ceterum censeo: Es ist längst an der Zeit, dass gerade die verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-Vergangenheit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates einer schnellstmöglichen Abhilfe zugeführt werden sollten, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Alle Vorgänge liegen entscheidungsreif

beim 19. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in Ansbach / Bayern
(**19 ZB 12.2468**)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/VGH-4.pdf>

beim 9. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München
(**9 ZB 12.744**)

> > > www.damwild-ockl.de/doku/VGH2-posthum.pdf

und beim Bundesverfassungsgericht (**1 BvR 881/12**).

**Zu 06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen
Bruders**

Bayerische Verwaltung und bayerische Verwaltungsjustiz haben Verantwortung für

- ⊗ **wirtschaftlichen Ruin des Verstorbenen,**
- ⊗ **Zerstörung des Bäckereibetriebs mit einem Wasserkraft-Triebwerk für CO²-freie, erneuerbare Energie,**
- ⊗ **Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil abgewiesen wurde,**
- ⊗ **Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Beigeladenen und Haupträdelsführer)**
- ⊗ **Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch eine störanfällige Fäkalien-Pumpwerksanlage auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,**
- ⊗ **Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des Verstorbenen,**
- ⊗ **Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m. in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden u.v.a.m.**
- ⊗ **Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen, um ständige Verwaltungsübergriffe auszuführen (GG §1, §2, §20),**
- ⊗ **Massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),**
- ⊗ **Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,**
- ⊗ **Verzweiflungstat des Verstorbenen mit Freitod, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde,**
- ⊗ **Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, dass alle Erbberechtigten bis auf den Kläger aus Furcht vor weiteren Übergriffen des Freistaates die Erbschaft ausgeschlagen haben.**
- ⊗ **Antrag auf Nachlassinsolvenz durch den Erben (Unterzeichner), um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen**

Der Vorwurf der Manipulation von Grundstücksrechten ist längst nachgewiesen und vom Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Alfons Mages trotzdem abgewimmelt, weil er angeblich die in der NS-Zeit verwendete Sütterlin-Schrift nicht lesen kann und NS-Entscheidungen sowieso nicht in Frage stellen wollte. Unglaublich! Was ist das für ein Urteil 67 Jahre nach der NS-Zeit!

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg bei der Präsentation des **NS-Dokument aus 1943**, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

In der Verfassungsbeschwerde **1 BvR 881/12** sind die Schriftsätze des Verstorbenen mit Datum 25.01.2012, 21.03.2012 und 12.04.2012 dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt worden. Es geht nicht mehr alleine um die **Manipulation von Grundstücksrechten, die jedoch ursächlich für die gesamte Treib- und Hetzjagd mit Todesfolge für den Gejagten** in Fortsetzung von NS-Verbrechen mit Todesfolge für den Vater des Gejagten und des klagenden Erben sind.

Eine Kopie der **Verfassungsbeschwerde vom 21.03.2012** wurde dem 19.Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes mit Schriftsatz vom 29.03.2012 übergeben. Es ist derselbe Schriftsatz, mit dem eine **Verzögerungsrüge** an den 19. Senat übermittelt wurde, eine vom verantwortlichen Richter unterdrückte Verzögerungsrüge.

Der 9.Senat und der 19.Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes haben bis heute nichts entschieden. Der Unterzeichner verlangt von einem Rechtsstaat **die lückenlose Aufklärung dieser ungeheuerlichen Voränge.**

Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in Deutschland, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie Sie das bei der Aufarbeitung der STASI-Vergangenheit in Ostdeutschland geleistet haben. In Bayern ist tatsächlich unbewältigte NS-Vergangenheit bis in höchste Ämter und ganz besonders in der Verwaltungsjustiz zu beklagen.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Mit Schreiben vom 12.03.2013 zugesandt:
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13 (AR 339/13),
auch in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 12.03.2013

Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Bundespräsident **Johannes Rau** hat mit einer Ansprache als Schirmherr unsere Congressmesse KOMMTECH 1988 (als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) eröffnet, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=5&e=2&m=50>

Bundespräsident **Horst Köhler** wurde von uns am 25.05.2010 angeschrieben mit "Wir klagen an". Unmittelbar danach hat er seinen Rücktritt erklärt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Bundespräsident **Christian Wulff** wurde von uns im Juli 2010 mit demselben Anliegen angeschrieben, ohne irgendeine Hilfe oder einen Nutzen zu ungeheuerlichen Vorgängen zu erfahren, die wir im Rahmen einer mehrjährigen Petition an den Deutschen Bundestag aufwendig dargestellt haben:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Mit unserem Brief möchten wir Sie darum **bitten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts:

Wir beklagen die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung und massive wirtschaftliche Diskriminierung in einem nicht mehr vorstellbaren Ausmaß.

Wir beklagen rücksichtsloses Vorgehen in Deutschland gegen Opfer der UMTS-Auktion 2000, obwohl die Gerichte über die Zusammenhänge von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 ausführlich informiert sind.

Wir beklagen Scheuklappen-Justiz: Gerichte verweigern das Gehör (Anhörungsresistenz), wenn auf verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 hingewiesen wird.

Wir beklagen Handschellen-Justiz: Gerichte scheuen nicht den Missbrauch von Staatsgewalt, wenn sie keine Argumente mehr haben. Grundrechte und europäische Menschenrechtskonvention haben keinen Stellenwert.

Wir beklagen totales Versagen deutscher Justiz: Bei der Ausarbeitung der Verfassungsbeschwerde mussten wir feststellen, dass wir nicht nur Opfer der UMTS-Auktion 2000 (vor über 12 Jahren) sind, sondern darüber hinaus Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht.

Wir befürchten "Nicht-Annahme zur Entscheidung" am Bundesverfassungsgericht, weil das Bundesverfassungsgericht eine solche Entscheidung nicht begründen muss.

Darüber hinaus macht der Unterzeichner das Bundesverfassungsgericht wegen Untätigkeit mitverantwortlich am Tod seines Bruders (siehe Kapitel 27 der Verfassungsbeschwerde):

Das Bundesverfassungsgericht war die letzte Hoffnung des Verstorbenen in einer über **20-jährigen Treib- und Hetzjagd bayerischer Verwaltung auf seine Person.**

Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben, dass er im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den Freitod. Vergeblich hat er im Schriftsatz vom 21.03.2012 Frage und Bitte an das Bundesverfassungsgericht gestellt:

" **Wie lange will das Bundesverfassungsgericht noch zusehen,** wie Grundrechte vom Landratsamt Tirschenreuth unter dem Schutz des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ausgehebelt werden, bis der wirtschaftliche Ruin des Beschwerdeführers erreicht ist? "

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei des Verstorbenen ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert war.

Mit Respekt, aber mit großer Enttäuschung begegnen wir deutschen Verfassungsorganen, ganz besonders dem **Bundesverfassungsgericht.** Hoheitliche Aufgabe der Verfassungsorgane ist Überwachung, Beachtung und Weiterentwicklung der Grundrechte, die in Artikel 01 bis 19 des Grundgesetzes festgeschrieben sind. Bürger haben jedoch die ständige Wahrnehmung, dass die Grundrechte nur hübsches Beiwerk sind und das Grundgesetz vorrangig der Profilierung ihrer Verfassungsorgane zu dienen hat.

Für Opfer der UMTS-Auktion 2000 ist es nicht mehr hinnehmbar, dass der verantwortliche Verursacher der verheerenden Folgewirkungen des UMTS-GAU aus 2000, **die Bundesrepublik Deutschland**, jede Zeit der Welt hat, die Verantwortung abzuleugnen und die **Liquidierung der Opfer durch Zwangsmaßnahmen auszusetzen**, indem von den Geschädigten mit staatlicher Brachialgewalt Leistungen gefordert werden, die sie aufgrund der Schadenswirkungen des UMTS-GAU nicht mehr bringen können, andererseits jedes Verfahren über Schadenersatz und Rehabilitation verweigert wird.

Wenn das Bundesverfassungsgericht mit Anhörungsrüge auf einen Justizirrtum bei der Bewertung einer Verfassungsbeschwerde aufmerksam gemacht wird, **wenn** Hilfesuchende bei unvorstellbaren Verwaltungsübergriffen in einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd das Bundesverfassungsgericht als letzte Rettung mit einer Verfassungsbeschwerde anrufen (siehe Kapitel 27 der Verfassungsbeschwerde), **dann** ist Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr hinnehmbar.

Das Bundesverfassungsgericht beruft sich standardmäßig und mit gewohnter Übung darauf, dass mit Beschluss die Annahme einer Verfassungsbeschwerde abgelehnt werden kann. Dieser Beschluss bedarf keiner Begründung und ist nicht anfechtbar (§93d Abs 1 BVerfGG). Wenn jedoch mit Anhörungsrüge (Grundrecht Art 103 Abs1 GG) ein Justizirrtum aufgezeigt wird, dann muss der Beschluss anfechtbar sein.

Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in Deutschland, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie Sie das bei der Aufarbeitung der STASI-Vergangenheit in Ostdeutschland geleistet haben. In Bayern ist tatsächlich unbewältigte NS-Vergangenheit bis in höchste Ämter und ganz besonders in der Verwaltungsjustiz zu beklagen.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage: **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13** (AR 339/13)
per Post nachgesandt, auch in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Persönlich

**Herrn Christian Wulff
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 02.08.2010

Wir klagen an / Unser Email an die Niedersächsische Staatskanzlei vom
5.Juni 2010 / Unser Schreiben 14.07.2010

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

In unserem Schreiben vom 14.07.2010 habe ich Ihnen geschrieben:

" **Viele Bürger in Deutschland, die Sie hiermit** (in Ihrer Dankesrede zur Bundesversammlung) **nicht direkt angesprochen haben, sind frustriert, weil ihre Grundrechte in Politik und Verwaltung nicht mehr respektiert werden.** Sie haben mit Recht die Erwartung, dass der Bundespräsident mit dem moralischen Gewicht seines Amtes Unterstützung gibt, wenn ihre Grundrechte mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt werden, wenn die Bundesregierung jeden Schaden und jede Verantwortung leugnet und sogar die infame Dreistigkeit besitzt, das Eigentum entrechteter Bürger für eigene Zwecke zu nutzen.

Wir waren wehrlos, als unsere Grundrechte mit der UMTS-Auktion 2000 und ihren verheerenden Folgewirkungen, mit rücksichtsloser Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt wurden, und wir kämpfen seit 10 Jahren vergeblich um eine Rehabilitierung, obwohl wir mit einer vorbildlichen Weltklasseleistung zum Vorteil, zum Nutzen, für die Zukunft Deutschlands beigetragen haben. Das war unser Lebenswerk, wir haben nichts anderes gemacht, wir können nichts anderes.

Ich habe mein gesamtes berufliches Leben mit einer Weltklasseleistung für Innovationstransfer und Innovationswachstum eingesetzt. Ich habe meine Frau überredet, den sicheren Beamtenstatus einer Oberstudienrätin aufzugeben, um in unserem Familienunternehmen noch mehr Leistungsfähigkeit zu erreichen. Die Erschließung von Mittelstandspotenzialen für Innovationswachstum war unsere Professionalität. Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde uns die Existenz-Grundlage entzogen. Seit Januar diesen Jahres können wir uns nicht einmal mehr eine Krankenversicherung leisten, obwohl wir in besseren Jahren mehrere Hunderttausend DM/EUR eingezahlt haben und mit Sicherheit weniger als 10 % Ärztekosten verursacht haben.

Wir schämen uns, in einem Deutschland leben zu müssen,
in dem man sich "nackt" ausziehen muss, um vielleicht einen Funken
Verständnis für eine Entwicklung zu erreichen, der wir wehrlos und ohnmächtig
durch Beschluss und spaltende Politik einer deutschen Bundesregierung
ausgesetzt wurden,
in dem man als Quertreiber abgestempelt wird, wen man fundamentale
Grundrechte in Anspruch nehmen möchte,
in dem Geschädigte mit 10 Jahre Grundrechte-Entzug noch Verständnis haben
sollen für verantwortliche Inhaber staatlicher Macht.

Wir haben großen Respekt vor Mitmenschen, die mit glaubwürdigem Verhalten
Zeichen setzen, z.B.

vor der evangelischen Bischöfin Margot Käßmann, die mit ihrem Rücktritt von
allen Spitzenämtern ihre Glaubwürdigkeit und ihre charismatische
Überzeugungsfähigkeit nicht nur bewahrt, sondern eher gesteigert hat,
vor dem Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der aus Überzeugung den
Fernsehpreis für sein Lebenswerk zurückwies als „Blödsinn, den wir hier
heute Abend zu sehen bekommen haben“,
vor einem Bundespräsidenten Roman Herzog, der mit seiner legendären
Ruckrede dafür eingetreten ist, dass ein Ruck durch Deutschland gehen müsse,
um die „verkrusteten Strukturen“ zu überwinden.

**Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in
Deutschland**, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische
Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Argumentation
vor dem Petitionsausschuss zu werfen und eine schriftliche Begründung für Ihre
Entscheidung zu veranlassen:

Unser Schreiben an Sie vom 14.07.2010 auf Mausclick im Internet :

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Punkte 1 bis 21 an den Petitionsausschuss auf Mausclick im Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf>

Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

**Herrn Christian Wulff
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 14.07.2010

Wir klagen an / Unser Email an die Niedersächsische Staatskanzlei vom
5.Juni 2010

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Zu Ihrer Wahl als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland möchten wir
gerne unsere besten und wohlgemeinten Glückwünsche übersenden.

Bereits am 5. Juni 2010, nach dem Rücktritt Ihres Vorgängers im Amte des
Bundespräsidenten, habe ich Sie über unseren Brief vom 25.05.2010 an Ihren
Vorgänger informiert. Von Ihrer persönlichen Referentin, Frau Verena Hemesath,
wurde ich gebeten, uns mit unserem Anliegen im Laufe des Monats Juli an das
Bundespräsidialamt zu wenden.

In Ihrer Dankesrede vor der Bundesversammlung haben Sie gesagt: "All denen,
die eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich
selbstverständlich meinen Respekt. Ich bin überzeugt, dass es auch mit Ihnen zu
einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen wird. Ich jedenfalls werde mich
sehr bemühen, auch vielen Ihrer Erwartungen gerecht zu werden." **Viele Bürger
in Deutschland, die Sie hiermit nicht direkt angesprochen haben, sind
frustriert, weil ihre Grundrechte in Politik und Verwaltung nicht mehr
respektiert werden.** Sie haben mit Recht die Erwartung, dass der
Bundespräsident mit dem moralischen Gewicht seines Amtes Unterstützung gibt,
wenn ihre Grundrechte mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt
werden, wenn die Bundesregierung jeden Schaden und jede Verantwortung
leugnet und sogar die infame Dreistigkeit besitzt, das Eigentum entrechteter
Bürger für eigene Zwecke zu nutzen.

**Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer laufenden Petition beim
Deutschen Bundestag:**

- 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?**
- 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung**
- 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung**
- 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen**
- 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb**
- 6. CeBIT-Niedergang im 10. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche**
- 7. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"**
- 8. Petition zur Anerkennung unserer Grundrechte**

Zu 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Ich habe mit Schreiben vom 07.03.2010 den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Das Schreiben ist auch im Internet einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Wir klagen an: Das Petitionsrecht ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Mitte Juli sind über 4 Monate vergangen, in denen wir lediglich eine **alle Schäden leugnende und diffamierende Stellungnahme des verantwortlichen Bundesministeriums** erreicht haben. Die Beschwerden unserer Petition betreffen unerhörte Vorgänge, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von der Bundeskanzlerin zu verantworten sind. Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusitzen.

Zu 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

Ich habe mein gesamtes Berufsleben für hochwertige Dienstleistungen des Innovationstransfers in der ITK-Branche eingesetzt. Mit einer professionellen Weltklasseleistung hat unser Unternehmen über 25 Jahre einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet, die bis zum Jahr 2000 Weltspitze gewesen ist. Ich habe meine Frau überredet, den sicheren Beamten-Status einer Oberstudienrätin aufzugeben, um in unserem Unternehmen eine noch höhere und professionellere Leistungsfähigkeit zu erreichen. Wir haben unser gesamtes berufliches Leben an exponierter Stelle für den innovationsorientierten ITK-Mittelstand gearbeitet (wir können nichts anderes) und sind ein Opfer der UMTS-Auktion 2000 geworden.

Mehr Informationen zu meiner Person:

> > > www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf

Wir klagen an: Durch die 1. Mobilfunk-Auktion (UMTS-Auktion 2000) wurden wir nicht nur enteignet, auch alle unsere Bemühungen einer Kooperation mit der staatlichen CeBIT, mit den Branchenverbänden BITKOM und VATM, wurden auf der höchsten Entscheidungsebene zurückgewiesen. **Wir wurden unter Federführung des BMWi eliminiert. Wir werden unter Federführung des BMWi ausgegrenzt. Der IT-Gipfel, der in Form von Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien Bestandteil der von uns in jährlichem Turnus durchgeführten Congressmessen war, findet jetzt unter Federführung des BMWi statt**, also unter Federführung von hochbezahlten Ministerialbeamten, die laut Grundgesetz hoheitliche Aufgaben erfüllen sollten. Eine besonders niederträchtige Form der Enteignung: Ohne Enteignungsverfahren, ohne Prüfung einer Alternative, ohne Schadenersatz! Unter Federführung des BMWi wird jetzt zudem die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und der Eindruck vermittelt wird, dass in der ITK-Branche alles in bester Ordnung ist. Tatsache ist aber das Gegenteil.

Zu 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung

Die Mobilfunk-Auktionen (Frequenzversteigerungen) werden unter Leitung der Bundesnetzagentur, einer zum Geschäftsbereich des BMWi gehörenden Behörde durchgeführt. Mit der spektakulären UMTS-Auktion in 2000 wurden 50,8 Mrd EUR aus der ITK-Branche herausgepresst. Umgerechnet auf die gesamte Einwohnerzahl von Deutschland, betragen die UMTS-Lizenzkosten je Einwohner

620 € (zum Vergleich in Spanien 13 € je Einwohner, in Frankreich 28 € je Einwohner). Bei der 2. Mobilfunk-Auktion, die am 20. Mai 2010 beendet wurde, wurde bei der Versteigerung eines doppelt so großen Frequenzpaketes (360 Megahertz) "nur" 4,38 Mrd EUR eingenommen, das sind unter Berücksichtigung der doppelten Frequenzmenge nur 26,7 € Lizenzkosten je Einwohner, oder anders ausgedrückt: **Bei der UMTS-Auktion in 2000 wurden im Vergleich zur Auktion 2010 um $(620-26,7)/26,7 \times 100\% = 2.222\%$ höhere Lizenzkosten mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ohne Rücksicht auf Auswirkungen derart massiver Eingriffe auf wehrlose Bürger und Unternehmen durchgesetzt.**

Wir klagen an: Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ein Viertel des Bundeshaushaltes auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 4,4 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 8 Jahren.

Zu 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen

Mit unseren Congressmessen über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus haben wir einen innovationsorientierten Mittelstand entwickelt, der um die Jahrtausendwende als **New Economy** oder auch **Net Economy** bezeichnet wurde. **Mit diesem Mittelstand war die deutsche ITK-Branche Weltspitze.** Der innovationsorientierte Mittelstand war der Kundenstamm unserer Congressmessen. Die Erschließung der Mittelstandspotenziale für Innovations- und Wirtschafts-Wachstum ist unsere Professionalität.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet:

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Wir klagen an: Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-Gau, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Wir sind Augenzeuge und haben es vor Ort erlebt, wie der innovative Mittelstand, unsere Stammkunden, mit diesem UMTS-Gau eliminiert wurde. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten wir bundesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in unserer Adressen-Datenbank. Es ist verständlich, wenn ausländisches Kapital aufgrund schlechter Rendite-Erwartungen den Mobilfunk-Standort Deutschland fluchtartig verlassen hat. Deutsche Banken und insbesondere deutsche Landesbanken folgten hinterher. Die deutschen Netzbetreiber hatten zwar UMTS-Lizenzen, aber kein Kapital mehr, um die UMTS-Netze aufzubauen, sie mußten sparen. Der innovative Mittelstand der ITK-Branche hatte weder Kapitalgeber noch Auftraggeber, er wurde eliminiert: **ein krimineller Unternehmens-Genozid!**

Zu 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

Das ist das Ergebnis einer mittelstandsverachtenden, desaströsen Innovations- und Technologiepolitik der letzten 10 Jahre. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Arbeitsplätze im Ausland mitfinanziert werden. Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: Wenn der innovative Mittelstand beschädigt ist, dann haben auch Großunternehmen keine Chance, wie z.B. SIEMENS Com (Communications), BENQ Mobile, NOKIA Bochum, INFINEON mit der QIMONDA-Pleite (München/Dresden) u.a. Hier

wurden zig Milliarden an Subventionen verbrannt. Ich habe ein paar Statistiken aufbereitet in unserer Homepage, mit denen eine Grobeinschätzung des ITK-Standortes Deutschland im internationalen Vergleich leicht möglich ist:

> > > www.euro-online.de

Wir klagen an: Deutsche Forscher und Unternehmer haben in mehr als 100 Jahren mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Philipp Reis, Wegbereiter des Telefons, Werner Siemens und Johann Halske, Erfinder der Telegrafie, Rudolf Hell, Erfinder des Telefax, oder Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert. Bitte ersparen Sie mir weitere Aufzählungen. **Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche in mehr als 100 Jahren geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichem Maße heruntergewirtschaftet.** Die Technologiesparte der deutschen ITK-Branche, einer weltweit boomenden Branche, ist ein einziger Scherbenhaufen. Heute stehen bereits chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Zu 6. CeBIT-Niedergang im 10. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche

Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 10. Jahr. Die CeBIT ist ein Spiegelbild der ITK-Branche und demonstriert die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, die vom verantwortlichen BMWi nachwievor rücksichtslos geleugnet werden. Die Globalisierungsversuche der CeBIT waren verlustreich, sind praktisch gescheitert, CeBIT New York und CeBIT Shanghai sind längst Negativ-Geschichte. Die verantwortliche Deutsche Messe AG hat in 2009 von den staatlichen Anteilseignern einen Verlustausgleich in Höhe von einer Viertel Mrd € erhalten.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Das Land Niedersachsen ist Anteilseigner der Deutschen Messe AG. Mit Sicherheit ist der Ministerpräsident dieses Landes informiert über die Gründe eines derart hohen Verlustausgleichs mit Steuergeldern. Ich bitte Sie, Ihre Kenntnisse in dieser Angelegenheit einzubringen, um zu erreichen, dass ein weiteres Leugnen der verheerenden Folgen der UMTS-Auktion 2000 durch das BMWi endlich unterbunden wird.

Zu 7. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"

ist die Überschrift eines Briefes, den ich am 22.02.2010 an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben habe. Ich habe immer wieder Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben und sie darauf hingewiesen, welchen Schaden sie uns und welchen Schaden sie Deutschland zugefügt haben, und habe unsere Mitwirkung, unser lebenslanges Know-how, unsere Weltklasseleistung für Innovationstransfer und Innovationseffizienz angeboten.

Ein Auflistung ausgewählter Briefe der letzten 2 Jahre ist am Ende unseres Briefes an die Frau Bundeskanzlerin enthalten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Wir klagen an: Es ist verabscheuungswürdige, menschenverachtende Politik, wenn wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten der Brachialgewalt staatlicher Eingriffe ausgesetzt werden und anschließend wie Nemos und Nobodys behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe nicht beantwortet werden müssen, obwohl sie jahrelang eine Weltspitzenleistung für Deutschland erbracht haben.

Zu 8. Petition zur Anerkennung unserer Grundrechte

Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung unserer Grundrechte (siehe Punkt 8 in unserer Erwiderung zur Stellungnahme des BMWi im PS). Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenem Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen. Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde uns die Existenz-Grundlage entzogen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Es ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, Erlöse aus der Mobilfunk-Auktion 2010 mit Priorität für den Ausgleich der Schäden aus der UMTS-Auktion 2000 zu verwenden. Ohne Anerkennung der Grundrechte aller Bürger hat ein demokratisches Deutschland keine Berechtigung mehr. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

PS. Unsere Erwiderung auf die Stellungnahme des BMWi zu unserer Petition ist sehr ausführlich und informativ:

Im Schreiben vom 28.06.2010 haben wir folgende Punkte ausgeführt:

1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
10. Punkte der parlamentarischen Prüfung

Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

Im Schreiben vom 12.07.2010 haben wir weitere Punkte ausgeführt:

11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
 12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstands
 13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
 14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
 15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
 16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
- Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf>

**Herrn Horst Köhler
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 25.05.2010

Wir klagen an

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Wenn deutsche Bundesregierungen mit einer mittelstandsverachtenden Politik nicht nur einzelnen deutschen Bürgern und Familien schweren Schaden zufügen und ohne Rücksicht auf Recht und Gesetze keine Verantwortung übernehmen, jede Kommunikation verweigern, dann ist das eine menschenverachtende Arroganz, die Deutschland von Krise zu Krise direkt in eine schwere Staatskrise führt. Wir appellieren vor allem an das moralische Gewicht Ihres Amtes, unsere laufende Petition beim Deutschen Bundestag zu unterstützen und

- 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?**
- 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung**
- 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung**
- 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen**
- 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb**
- 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"**
- 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann**

Zu 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Ich habe mit Schreiben vom 07.03.2010 den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Das Schreiben ist auch im Internet einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Wir klagen an: Das Petitionsrecht ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Anfang Juni sind 3 Monate vergangen, ohne außer einer Bestätigung etwas erreicht zu haben. Die Beschwerden unserer Petition betreffen unerhörte Vorgänge, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von der Bundeskanzlerin zu verantworten sind. Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusitzen.

Zu 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

Ich habe mein gesamtes Berufsleben für hochwertige Dienstleistungen des Innovationstransfers in der ITK-Branche eingesetzt. Mit einer professionellen Weltklasseleistung hat unser Unternehmen über 25 Jahre einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet, die bis zum Jahr 2000 Weltspitze gewesen ist. Wir haben unser gesamtes berufliches Leben an exponierter Stelle für den innovationsorientierten Mittelstand gearbeitet (wir können nichts anderes) und sind ein Opfer der UMTS-Auktion 2000 geworden. Mehr Informationen zu meiner Person:

> > > www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf

Wir klagen an: Durch die 1. Mobilfunk-Auktion (UMTS-Auktion 2000) wurden wir nicht nur enteignet, auch alle unsere Bemühungen einer Kooperation mit der staatlichen CeBIT, mit den Branchenverbänden BITKOM und VATM, wurden auf der höchsten Entscheidungsebene zurückgewiesen. Wir wurden unter Federführung des BMWi eliminiert. Der IT-Gipfel, der in Form von Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien Bestandteil der von uns in jährlichem Turnus durchgeführten Congressmessen war, findet jetzt unter Federführung des BMWi statt, also unter Federführung von hochbezahlten Ministerialbeamten, die laut Grundgesetz hoheitliche Aufgaben erfüllen sollten. Eine besonders niederträchtige Form der Enteignung: Ohne Enteignungsverfahren, ohne Prüfung einer Alternative, ohne Schadenersatz! Unter Federführung des BMWi wird jetzt zudem die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und der Eindruck vermittelt wird, dass in der ITK-Branche alles in bester Ordnung ist. Tatsache ist aber das Gegenteil.

Zu 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung

Die Mobilfunk-Auktionen (Frequenzversteigerungen) werden unter Leitung der Bundesnetzagentur, einer zum Geschäftsbereich des BMWi gehörenden Behörde durchgeführt. Mit der spektakulären UMTS-Auktion in 2000 wurden 50,8 Mrd EUR aus der ITK-Branche herausgepresst. Umgerechnet auf die gesamte Einwohnerzahl von Deutschland, betragen die UMTS-Lizenzkosten je Einwohner 620 € (zum Vergleich in Spanien 13 € je Einwohner, in Frankreich 28 € je Einwohner). Bei der 2. Mobilfunk-Auktion, die am 20. Mai 2010 beendet wurde, wurde bei der Versteigerung eines doppelt so großen Frequenzpaketes (360 Megahertz) "nur" 4,38 Mrd EUR eingenommen, das sind unter Berücksichtigung der doppelten Frequenzmenge nur 26,7 € Lizenzkosten je Einwohner, oder anders ausgedrückt: Bei der UMTS-Auktion in 2000 wurden für die halbe Frequenzmenge im Vergleich zur Auktion 2010 um 1060% höhere Lizenzkosten ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt.

Wir klagen an: Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion in 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ein Viertel des Bundeshaushaltes auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 4,4 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 8 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 10. Jahr. Eine Viertel Mrd € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT (BITKOM-Messe) ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Zu 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen

Mit unseren Congressmessen über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus haben wir einen innovationsorientierten Mittelstand entwickelt, der um die Jahrtausendwende als New Economy oder auch Net Economy bezeichnet wurde. Mit diesem Mittelstand war die deutsche ITK-Branche Weltspitze. Der innovationsorientierte Mittelstand war der Kundenstamm unserer Congressmessen. Die Erschließung der Mittelstandspotenziale für Innovations- und Wirtschafts-Wachstum ist unsere Professionalität.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet:

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Wir klagen an: Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-Gau, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Wir sind Augenzeuge und haben es vor Ort erlebt, wie der innovative Mittelstand, unsere Stammkunden, mit diesem

UMTS-Gau eliminiert wurde. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten wir bundesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in unserer Adressen-Datenbank. Es ist verständlich, wenn ausländisches Kapital aufgrund schlechter Rendite-Erwartungen den Mobilfunk-Standort Deutschland fluchtartig verlassen hat. Deutsche Banken und insbesondere deutsche Landesbanken folgten hinterher. Die deutschen Netzbetreiber hatten zwar UMTS-Lizenzen, aber kein Kapital mehr, um die UMTS-Netze aufzubauen, sie mußten sparen. Der innovative Mittelstand hatte weder Kapitalgeber noch Auftraggeber, er wurde eliminiert.

Zu 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

Das ist das Ergebnis einer mittelstandsverachtenden, desaströsen Innovations- und Technologiepolitik der letzten 10 Jahre. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Arbeitsplätze im Ausland mitfinanziert werden. Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: Wenn der innovative Mittelstand beschädigt ist, dann haben auch Großunternehmen keine Chance, wie z.B. SIEMENS Com (Communications), BENQ Mobile, NOKIA Bochum, INFINEON mit der QIMONDA-Pleite (München/Dresden) u.a. Hier wurden zig Milliarden an Subventionen verbrannt. Ich habe ein paar Statistiken aufbereitet in unserer Homepage, mit denen eine Grobeinschätzung des ITK-Standes Deutschland im internationalen Vergleich leicht möglich ist:

> > > www.euro-online.de

Wir klagen an: Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert. Bitte ersparen Sie mir weitere Aufzählungen. Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für

Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichem Maße heruntergewirtschaftet. Heute stehen bereits chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Zu 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"

ist die Überschrift eines Briefes, den ich am 22.02.2010 an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben habe. Ich habe immer wieder Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben und sie darauf hingewiesen, welchen Schaden sie uns und welchen Schaden sie Deutschland zugefügt haben, und habe unsere Mitwirkung angeboten.

Ein Auflistung ausgewählter Briefe der letzten 2 Jahre ist am Ende unseres Briefes an die Frau Bundeskanzlerin enthalten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Wir klagen an: Es ist verabscheuungswürdige, menschenverachtende Politik, wenn wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten staatlichen Eingriffen ausgesetzt werden und anschließend wie Nemos behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe nicht beantwortet werden müssen, obwohl sie jahrelang eine Weltspitzenleistung erbracht haben.

Zu 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann

Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung. Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenem Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Für eine Antwort wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl